

## **Bericht der AGBR-Konferenz vom 28. bis 30. September 1998 am Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven**

Die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AGBR) tagte vom 28. bis 30. September 1998 beim Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven. Neben den Delegierten aus den Forschungseinrichtungen nahmen auch Vertreter der Bundesverbände von GEW und DAG teil. Darüber hinaus hatte die AGBR-Konferenz den Vorsitzenden der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), Herrn Professor Dr. Detlev Ganten, zu Gast.

Prof. Ganten wies in seiner Stellungnahme auf die mit dem Regierungswechsel verbundenen Chancen und Risiken bei einer Neuorientierung der Forschungspolitik hin. Vor diesem Hintergrund erachteten der HGF-Vorsitzende und die AGBR-Konferenz in vielen Bereichen Bündnisse für erforderlich, so zum Beispiel bei der Änderung der Vergabep Praxis von Mitteln aus dem HGF-Strategiefonds. Einigkeit besteht auch hinsichtlich des wünschenswerten Abbaus der politischen Einflussnahme auf die Arbeit der Forschungseinrichtungen. Hier kritisieren beide insbesondere auch die Verfahrensweise des Bundesrechnungshofes mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) bei Tätigkeitsüberprüfungen in den Forschungseinrichtungen. Bei der vielerorts bisher vernachlässigten Umsetzung der Frauenförderung in den Forschungseinrichtungen bot sich Prof. Ganten der AGBR-Konferenz als Mitstreiter an.

Übereinstimmend forderten sowohl die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer wie auch Prof. Ganten den Wegfall des BAT-Ost, so dass für alle Beschäftigten gleiche Arbeitsbedingungen gelten.

Dringend erforderlich - dies unterstützt Prof. Ganten ausdrücklich - ist eine Anhebung des Anteils der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von derzeit gut zwei auf wieder über drei Prozent und somit eine Beendigung der Arbeitsplatzvernichtung in der Forschung.

Die Konferenz blickt auf sechs Jahre gemeinsamer Arbeit der AGBR in Ost und West zurück. Sie setzt sich auch weiterhin für einen regional ausgewogenen Aufbau der außeruniversitären Forschungseinrichtung in Ost- und Westdeutschland und für eine Angleichung der Arbeitsbedingungen im Osten an die im Westen ein.

Dies ist umso mehr erforderlich, als Bundesinnenminister Kanther sämtliche Tarifverträge zwischen OETV und DAG einerseits und der GMD-Forschungszentrum Informationstechnik GmbH (GMD) andererseits gekündigt hat. Zweck der Kündigung ist anscheinend die Absenkung der Löhne und Gehälter und die Verschlechterung anderer Arbeitsbedingungen.

Hier fordert die AGBR-Konferenz die sofortige Wiederinkraftsetzung der GMD-Tarifverträge mit dem Ziel der Beibehaltung des BAT für alle GMD-Beschäftigten in Ost und West und unterstützt die Forderung der GMD-Belegschaft:

- keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, auch nicht für neu eingestellte Beschäftigte
- BAT für alle Doktoranden
- Dauerverträge statt unsozialer Zeitverträge.

Die AGBR wendet sich entschieden dagegen, dass Umstrukturierungen in privatrechtlich organisierten Forschungseinrichtungen zum Anlass genommen werden, arbeitsvertragliche Regelungen -wie zum Beispiel die Unkündbarkeitsregelung- auszuhebeln. Die AGBR hält es für notwendig, solchen Bestrebungen gemeinsam und notfalls mit kollektivrechtlichen Mitteln entgegenzutreten.

Die Abwahl der CDU/CSU/FDP-Regierung gibt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der AGBR-Konferenz die Hoffnung, dass der Dialog über die forschungspolitischen Thesen der AGBR wiederbelebt wird.